

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 49 | 07.12.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 78/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Telekommunikationsgesetz 2003**, das **Funkanlagen-Marktüberwachungs-Gesetz**, das **Funker-Zeugnisgesetz 1998**, das **Postmarktgesetz**, das **Gebäude- und Wohnungsregister-Gesetz** und das **KommAustria-Gesetz** geändert werden (Maßnahmen zur Umsetzung des Regierungsprogramms 2017 – 2022 und zur Erreichung der Regierungsziele bis zum Jahr 2025; landesweite Versorgung mit Gigabit-Anschlüssen und mit 5G; Anpassung des nationalen Rechts an Unionsrecht; Reorganisation der Fernmeldebehörden; Umsetzung von Erfahrungen aus der Vollziehung der geltenden Bestimmungen; Straffung der Legistik im Fernmeldebereich durch Zusammenführung von TelekommunikationsG 2003 und Amateurfunkgesetze; zeitgemäße Liberalisierung des Amateurfunkbereichs sowie Vornahme weiterer Verwaltungsvereinfachungen; Schaffung einer Rechtsgrundlage im KommAustria-G zum Ausgleich des Aufwands, der den aktuellen Inhabern von Multiplex-Zulassungen für DVB-T II durch die zwingende Räumung des 700 MHz-Bands zugunsten von anderen Telekommunikationsdiensten entsteht; Gewährleistung von Rechtssicherheit für den Fall der nachfolgenden Vergabe der Mobilfunkfrequenzen in diesem Frequenzband [„Digitale Dividende II“])

[BGBl I 79/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Seilbahngesetz 2003** geändert wird (Umsetzung der Vorgaben der VO (EU) 2016/424; Trennung von Konzession und technischer Lebensdauer idS, dass für alle Seilbahnsysteme idR eine Konzessionsdauer von 50 Jahren festgelegt wird; Novellierung des Konzessionsverlängerungsverfahrens; Änderung des Inhalts des Sicherheitsberichts iSv einer Anpassung an die Anforderungen der Praxis; Normierung der aufschiebenden Wirkung einer Beschwerde im Baugenehmigungs- und Betriebsbewilligungsverfahren in § 48a; Verschärfung der Strafbestimmungen bei bestimmten Verstößen)

[BGBl I 80/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000** geändert wird (allgemeiner Beitrag zur Geringhaltung von Auswirkungen auf die Umwelt durch größere Vorhaben und Verfolgung des Ziels der Optimierung derartiger umweltrelevanter Vorhaben; Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels, der Bodenversiegelung sowie der Katastrophenrisiken eines Projekts; Adaptierung der bei der Einzelfallprüfung anzuwendenden Kriterien und Sicherstellung der Vorlage aussagekräftiger Unterlagen; Sicherstellung der UVP-Pflicht für Vorhaben mit erheblichen Umweltauswirkungen; effiziente Durchführung der Verfahren und Sicherstellung einer ausgewogenen Gewichtung der öffentlichen Interessen)

[BGBl I 81/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Pensionskassengesetz** geändert wird (Erleichterung der grenzüberschreitenden Tätigkeit von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung; Stärkung der Governance der Pensionsfonds; Verbesserung der Informati-

on der Begünstigten, wobei auf die Größenordnung, die Art, den Umfang und die Komplexität der Tätigkeiten der Pensionsfonds Bedacht genommen wird)

[BGBl I 82/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das Schifffahrtsgesetz und das Seeschifffahrtsgesetz geändert werden (**Schifffahrtsrechtsnovelle 2018**) (Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Kontrolle der Atemluft von Schiffsführern auf Alkohol ohne vorausgehenden Anfangsverdacht im Rahmen routinemäßiger Verkehrskontrollen; Verhinderung der Unterwanderung hoher Sicherheitsstandards bei Fahrgastschiffen durch den Einsatz von Flößen; Verbesserung allgemeiner Zugänglichkeit zu wichtigen Verkehrsinformationen; Umsetzung der RL (EU) 2016/1629 mittels innerstaatlicher VO der Verwaltung; vereinfacht erhältliche Bewilligung für Veranstaltungen auf Gewässern; Schaffung der Möglichkeit zur Verwendung von Schlauchbooten in Küstengewässern; Anpassung des Anwendungsbereichs für Yachten an internationale Abkommen; Klarstellung des Anwendungsbereichs österreichischen Seeschifffahrtsrechts für den Erwerb von Befähigungsausweisen zur Jachtführung)

[BGBl I 83/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Familienlastenausgleichsgesetz 1967**, das **Einkommensteuergesetz 1988** und das **Entwicklungshelfergesetz** geändert werden (zur Vermeidung von Verzerrungen bei undifferenziertem Export der Familienbeihilfe und des Kinderabsetzbetrags soll die Höhe dieser Leistungen an das Preisniveau jenes Landes, in dem das Kind wohnt, angepasst werden)

[BGBl II 300/2018](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über die näheren Festlegungen betreffend das Vorliegen der Schulreife (**Schulreifeverordnung**)

[BGBl III 208/2018](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die **Obsoleterklärung bzw Beendigung von Übereinkommen zwischen Österreich und Ungarn**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 308 v 04.12.2018, 41](#)

Beschluss (**GASP**) 2018/1884 des Rates vom 3. Dezember 2018 zur Verlängerung und Änderung des Beschlusses 2010/452/GASP über die Beobachtermission der Europäischen Union in Georgien, **EUMM Georgia**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.09.2018, [V 36/2018 ua](#)

Vbg RaumplanungsG; Flächenwidmungsplan der Stadt Hohenems; Gesetzwidrigkeit jener Teile einer VO der Vbg LReg und des Flächenwidmungsplans einer Gemeinde betreffend ein **Grundstück mit geteilter Widmung** mangels Klarheit über die exakte Trennlinie zwischen den verschiedenen Widmungskategorien in der planlichen Darstellung; keine Präzisierung der zeichnerischen Darstellung des Flächenwidmungsplans durch Verwendung eines größeren Maßstabs oder ergänzende textliche Bestimmungen

24.09.2018, [E 3059/2018 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch **Abweisung der Anträge auf subsidiären Schutz** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** kurdischer Aleviten mangels Heranziehung aktueller Länderberichte, angesichts der sich in der Türkei rasch ändernden Sicherheitslage

25.09.2018, [E 3172/2017](#)

AsylG; FremdenpolizeiG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch **Nichtzuerkennung des subsidiären Schutzstatus** betreffend eine schwangere nigerianische Staatsangehörige auf Grund widersprüchlicher Begründung und mangelhafter Auseinandersetzung mit der Situation einer alleinstehenden Frau mit Kind

27.09.2018, [V 43/2018](#)

B-VG; Statut für die Stadt Steyr; Unzulässigkeit des Individualantrags eines Gemeinderatsmitglieds auf Aufhebung von Bestimmungen der **Geschäftsordnung eines Gemeinderats und seiner Ausschüsse** betreffend die Möglichkeiten der Einbringung von Sachanträgen; vorgebrachte Bedenken gegen eine nicht angefochtene Bestimmung gerichtet; mangelnder Eingriff in die Rechtssphäre des einzelnen Gemeinderatsmitglieds durch Rechtsvorschriften, welche die Ausübung der staatlichen Funktionen des Kollegialorgans regeln

04.10.2018, [G 62/2018](#)

Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG; VStG; keine Verfassungswidrigkeit einer Strafbestimmung des Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG betreffend die **Nicht-Bereitstellung von Lohnunterlagen**; Höhe der Geldstrafe kein taugliches Zuordnungskriterium zur **Abgrenzung von gerichtlichem Strafrecht und Verwaltungsstrafrecht**; keine Bedenken gegen unterschiedliche verfahrensrechtliche Regelungen für Beschuldigte in den eigenständigen Ordnungssystemen Verwaltungsstrafverfahren und gerichtliches Strafverfahren, sofern die Verfahrensgesetze in sich gleichheitskonform sind; keine Unverhältnismäßigkeit der sich am Strafzweck orientierenden Strafhöhe

04.10.2018, [G 135/2018](#)

Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG; VStG; keine Verletzung im Gleichheitsrecht durch eine Strafbestimmung des Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG betreffend die **Nicht-Bereitstellung von Lohnunterlagen zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping**; kein Missverhältnis zwischen den **Mindeststrafdrohungen und dem Unrechtsgehalt** der Tat für die Nicht-Bereitstellung von Lohnunterlagen; Bedachtnahme auf Vervielfachung des Unrechtsgehalts und Erhöhung des wirtschaftlichen Nutzens durch Festsetzung der Strafdrohung pro Arbeitnehmer entspricht dem für das Verwaltungsstrafverfahren charakteristischen **Kumulationsprinzip**

09.10.2018, [E 1297/2018 ua](#)

AsylG; Entzug des **gesetzlichen Richters** durch Abweisung von **Folgeanträgen auf internationalen Schutz** und **Erlassung einer Rückkehrentscheidung** nach Nigeria infolge Entscheidung der Rs durch einen Richter männlichen Geschlechts betreffend die Genitalverstümmelung der Zweitbeschwerdeführerin; Durchschlag dieses Mangels auf die Entscheidungen der anderen Beschwerdeführer

09.10.2018, [E 2449/2018](#)

AsylG; BFA-VG; Verletzung im **Recht auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung** durch **Aberkennung des Asylstatus** und **Rückkehrentscheidung** betreffend einen iranischen Staatsangehörigen mangels Außerachtlassung der Länderfeststellungen betreffend die Todesstrafe auf Drogenschmuggel und Drogenkonsum und der Missachtung des Doppelbestrafungsverbots hinsichtlich des subsidiären Schutzstatus

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

21.09.2018, [Ra 2017/02/0201](#)

KraftfahrG; Verhängung einer Geldstrafe, weil der Rw als Lenker seines Motorrads einen Kreuzungsbereich absichtlich nur auf dem Hinterrad fahrend (sog. „**Wheelie**“) übersetzt, sowie nach Anhaltung und Kontrolle durch die Polizei, wegen dieses Fahrmanövers, beim Wegfahren erneut das Vorderrad absichtlich vom Boden angehoben hat; die **volle Beherrschbarkeit eines Fahrzeugs** ist nur dann gewährleistet, wenn sämtliche Räder Kontakt mit der Fahrbahn aufweisen; die bloße Möglichkeit, das Vorderrad eines Motorrads während der Fahrt von der Fahrbahn abzuheben, reicht nicht aus, um diese Fahrweise gem dem KraftfahrG als der Eigenart eines Kraftfahrzeugs entsprechend anzusehen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Vbg 02.08.2018, [LVwG-2-14/2018-R1](#)

StPO; bei dem nicht ausdrücklich in der Durchsuchungsanordnung erwähnten Absehen von der Aufforderung, die Durchsuchung zuzulassen oder das Gesuchte herauszugeben – laut Polizei aufgrund von Gefahr in Verzug – und der damit verbundenen **Ausübung physischer Gewalt** (hier: Türöffnung bei Verdacht auf Suchtgiftkriminalität) handelt es sich um Modalitäten und nähere Umstände im Zuge der **durch eine gerichtliche Anordnung gedeckten Hausdurchsuchung**; es ist folglich nicht von einer Überschreitung der gerichtlichen Anordnung iSv einem Exzess auszugehen

LVwG Vbg 22.11.2018, [LVwG-2-15/2017-R1](#)

GlücksspielG; der **Androhung der Betriebsschließung bzw der Aufforderung** zur Einstellung der entgegen den Bestimmungen des GlücksspielG veranstalteten oder durchgeführten Glücksspiele kommt eine **quasi-dingliche Wirkung** zu; diese Androhung bzw Aufforderung entfaltet auch für nachfolgende Betreiber dieselbe Wirkung

LVwG Wien 19.11.2018, [VGW-151/019/6487/2018](#)

Niederlassungs- und Aufenthaltsg; § 28 Abs 5 Niederlassungs- und Aufenthaltsg ermöglicht es lediglich, einen **Aufenthaltstitel mit der Wirkung ex nunc zu entziehen**; schon der Wortlaut spricht für diese Sichtweise, zumal die Bestimmung normiert, dass der Aufenthaltstitel zu entziehen ist, wenn die besonderen Erteilungsvoraussetzungen des 2. Teils „nicht mehr vorliegen“; aus dieser vom Gesetzgeber verwendeten Formulierung ist abzuleiten, dass eine auf § 28 Abs 5 leg cit gestützte Entziehung keine Rückwirkung hat, sondern der Aufenthaltstitel erst mit der Rechtskraft der die Entziehung aussprechenden Entscheidung als entzogen gilt; auch die Gesetzesmaterialien zur Novelle BGBl I 122/2009, mit der § 28 Abs 5 leg cit eingeführt wurde, legen diese Auffassung nahe

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[04.12.2018, Rs C-378/17, The Minister for Justice and Equality und Commissioner of the Garda Síochána](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gleichbehandlung** im Bereich der **Beschäftigung** – Richtlinie 2000/78/EG – Verbot der Diskriminierung aus Gründen des Alters – Einstellung von Polizeibediensteten – Nationale Stelle, die durch Gesetz eingerichtet wurde, um die Durchsetzung des Unionsrechts in einem bestimmten Bereich zu gewährleisten – Befugnis, unionsrechtswidrige nationale Rechtsvorschriften unangewendet zu lassen – **Vorrang** des Unionsrechts

[06.12.2018, Rs C-305/17, FENS](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Warenverkehr** – Zölle – Abgaben gleicher Wirkung – Abgabe auf die Übertragung von im Inland erzeugter und zur Ausfuhr bestimmter **Elektrizität** – Vereinbarkeit einer solchen Regelung mit dem Grundsatz des freien Warenverkehrs

[06.12.2018, Rs C-480/17, Montag](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Niederlassungsfreiheit** – Direkte Besteuerung – **Einkommensteuer** – Abzugsfähigkeit von Beiträgen zu einer berufsständischen Altersversorgungseinrichtung und einer privaten Rentenversicherung – Ausschluss für Gebietsfremde

[06.12.2018, Rs C-629/17, J Portugal Ramos Vinhos](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – **Markenrecht** – Richtlinie 2008/95/EG – Art 3 Abs 1 Buchst c – Ungültigkeitsgründe – Wortmarke, die ausschließlich aus Zeichen oder Angaben besteht, die zur Bezeichnung der Merkmale einer Ware oder einer Dienstleistung dienen können – Andere Merkmale einer Ware oder einer Dienstleistung – Einrichtung zur Herstellung der Ware – Aus einem Zeichen zur Kennzeichnung von Weinbauerzeugnissen und aus einer **geografischen Angabe** bestehende **Wortmarke**, die einen Wortbestandteil der Firma des Markeninhabers darstellt

06.12.2018, Rs C-672/17, *Tratave*

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Bemessungsgrundlage – Verminderung – Grundsatz der steuerlichen Neutralität

06.12.2018, Rs C-675/17, *Preindl*

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Anerkennung von Berufsqualifikationen** – Richtlinie 2005/36/EG – Anerkennung von Ausbildungsnachweisen, die am Ende von sich teilweise überschneidenden Ausbildungszeiträumen erlangt wurden – Überprüfungsbefugnisse des Aufnahmemitgliedstaats

06.12.2018, Rs C-551/18 PPU, *IK (Exécution d'une peine complémentaire)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Europäischer Haftbefehl** und Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten – Zur Vollstreckung einer **Freiheitsstrafe** ausgestellter Europäischer Haftbefehl – Inhalt und Form – Art 8 Abs 1 Buchst f – Keine Erwähnung der zusätzlichen Strafe – Gültigkeit – Folgen – Auswirkung auf die Haft

B. SCHLUSSANTRÄGE

05.12.2018, Rs C-341/17 P, *Griechenland / Kommission (GA Kokott)*

Rechtsmittel – EAGFL, EGFL und ELER – Von der Finanzierung durch die Europäische Union ausgeschlossene Ausgaben – Von der Hellenischen Republik getätigte Ausgaben – Verordnung (EG) Nr 1782/2003 – Verordnung (EG) Nr 796/2004 – **Flächenbezogene Beihilfenregelung** – Begriff ‚Dauergrünland‘ – Pauschale finanzielle Berichtigung

05.12.2018, Rs C-450/17 P, *Landeskreditbank Baden-Württemberg (GA Hogan)*

Rechtsmittel – Wirtschafts- und Währungspolitik – **Aufsicht über Kreditinstitute** – Verordnung (EU) Nr 1024/2013 – Art 6 Abs 4 – Verordnung (EU) Nr 468/2014 – Art 70 Abs 1 – Einheitlicher Aufsichtsmechanismus (SSM) – Befugnisse der Europäischen Zentralbank (EZB) – Dezentralisierte Ausübung durch die nationalen Behörden – Einstufung eines Instituts als bedeutendes Institut – Direkte Beaufsichtigung durch die EZB – Ausnahme – Vorliegen besonderer Umstände – **Unangemessene Einstufung** eines beaufsichtigten Instituts als bedeutend

05.12.2018, verb Rs C-473/17 und C-546/17, *Repsol Butano (GA Tanchev)*

Vorabentscheidungsersuchen – Energie – **Erdgasbinnenmarkt** – Richtlinie 2009/73/EG – Urteil vom 20. April 2010, Federutility u a (C- 265/08, EU:C:2010:205) – Mitgliedstaatliche Maßnahme zur Festlegung des **Höchstverkaufspreises** für Flaschen mit Flüssiggas aus Erdöl (LPG) – Verpflichtung zur Hauszustellung – Dienste im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse – **Verhältnismäßigkeitsgrundsatz**

06.12.2018, Rs C-24/17, *Österreichischer Gewerkschaftsbund (GA Saugmandsgaard ØE)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – Verbot der Diskriminierung wegen des Alters – Nationales Besoldungs- und Vorrückungssystem für **Vertragsbedienstete des öffentlichen Dienstes** – Für diskriminierend befundene Regelung eines Mitgliedstaats – Erlass einer neuen Regelung zur Beseitigung dieser Diskriminierung – Modalitäten der Überleitung der betroffenen Personen in das neue System – Fortbestand der Ungleichbehandlung – Rechtfertigungsgründe – Anspruch auf **Entschädigung** – Recht auf wirksamen **gerichtlichen Rechtsschutz** – Art 45 AEUV – Verordnung (EU) Nr 492/2011 – **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** – Keine Beeinträchtigung

06.12.2018, Rs C-396/17, *Leitner (GA Saugmandsgaard ØE)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – Verbot der Diskriminierung wegen des Alters – Nationales **Besoldungs- und Vorrückungssystem** für **Beamte** – Für diskriminierend befundene Regelung eines Mitgliedstaats – Erlass einer neuen Regelung zur Beseitigung dieser Diskriminierung – Modalitäten der Überleitung der betroffenen Personen in das neue System – Fortbestand der Ungleichbehandlung – Rechtfertigungsgründe – Recht auf wirksamen **gerichtlichen Rechtsschutz** – Anspruch auf Entschädigung – Grundsatz des **Vorrangs**

06.12.2018, Rs C-566/17, Związek Gmin Zagłębia Miedziowego (GA Sharpston)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Recht zum Abzug der **Vorsteuer** auf Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen, die untrennbar sowohl für **wirtschaftliche** als auch für **nichtwirtschaftliche Tätigkeiten** verwendet werden – Bestimmung des abzugsfähigen Teils der Vorsteuer – Grundsatz der **steuerlichen Neutralität** – Frage, ob und inwieweit die Berechnung der Vorsteuer gesetzlich geregelt sein muss – Fehlen nationaler Vorschriften über die Methoden für die Bestimmung der anteilmäßigen Zuordnung der Vorsteuer auf Gegenstände und Dienstleistungen, die untrennbar sowohl für wirtschaftliche als auch für nichtwirtschaftliche Tätigkeiten verwendet werden

C. GERICHT

Keine (relevanten) Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

04.12.2018, Beschwerde Nr 10211/12 ua, *Ilseher / Deutschland* (GK)

Keine Verletzung von **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit), **keine Verletzung** von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren) und **keine Verletzung** von **Art 7 EMRK** (keine Strafe ohne Gesetz); **Verhängung** der nachträglichen **Sicherungsverwahrung** gegen einen verurteilten **Sexualmörder** (Bf); **Expertengutachten** belegte die **Gefährlichkeit** des Mannes in Bezug auf die Begehung weiterer Straftaten; Verhängung der Sicherungsverwahrung erfolgte **nicht willkürlich**; keine Verletzung von **Art 5 EMRK**; Sicherungsverwahrung zielte auf die Behandlung der psychischen Störung des Bf ab, und ist damit **nicht** als **Strafe** anzusehen; keine Verletzung von **Art 7 EMRK**; keine Anhaltspunkte für begründete Zweifel an der Unparteilichkeit eines Richters im Verfahren; keine Verletzung von **Art 6 EMRK**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.